

## Humanistische Union

# Neuer Ortsvorstand gewählt: Bürgerrechtsarbeit der Humanistischen Union Frankfurt wird fortgesetzt

Die Einführung der individuellen Polizeikennzeichnung sowie eines unabhängigen Polizeibeauftragten durch den Hessischen Landtag fordert die Humanistische Union Frankfurt (HU). Mit diesem Arbeitsschwerpunkt tritt der neue Vorstand des Ortsverbands seine Arbeit an. Bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am Samstag, 6. April 2013, hat sich die südhessische Regionalgliederung der HU personell neu aufgestellt.

Als einziges Mitglied des bisherigen Vorstands und neuer 1. Vorsitzender des Ortsverbandes verbleibt Stefan Hügel in dem Gremium. Ihm zur Seite stehen künftig Gregory Engels als 2. Vorsitzender, Christian Loder als Finanzreferent sowie als weitere Vorstandsmitglieder [...], Andrew Ruben Bridgewater, Holger Reimann und Sigrid Weiser. Die Neuwahlen waren erforderlich, nachdem drei Vorstandsmitglieder Ende Februar zurücktraten.

*"Damit ist klar, dass die bürgerrechtliche Arbeit der Humanistischen Union in Frankfurt fortgesetzt wird",* erklärte Stefan Hügel. *"Das ist ein großartiges Ergebnis."* Der Versuch von Teilen des bisherigen Vorstands, die Bemühungen der HU um eine Trennung von Staat und Kirche in Richtung einer aggressiven Religions- und Kirchenkritik zu verschieben, war zuvor gescheitert. *"Die HU war nie eine atheistische Organisation, sondern offen für Menschen aller Weltanschauungen und Glaubensrichtungen. Ihre Forderung nach einer Trennung von Kirche und Staat respektiert gleichermaßen die, negative Religionsfreiheit' der Nicht-Gläubigen wie die positive Entscheidung für ein persönliches Glaubensbekenntnis",* stellte Franz-Josef Hanke, der Vorsitzende des Marburger Regionalverbandes, bei dem Frankfurter Mitgliedertreffen klar. Die beiden Regionalgruppen wollen künftig stärker kooperieren.

Das breite Spektrum bürgerrechtlicher Themen möchte die HU Frankfurt in ihrer künftigen Arbeit deutlicher zum Ausdruck bringen. Dieses Spektrum umfasst unter anderem die Kritik am Verfassungsschutz, die Folgen der Nutzung sozialer Netzwerke für die Persönlichkeitsrechte, Gesundheit als Menschenrecht und die Forderung nach einem konfessionsunabhängigen Ethik- statt konfessionsgebundenem Religionsunterricht an Schulen.

Mit ihrer Forderung nach einem unabhängigen Polizeibeauftragten will sich der Regionalverband auch in den Landtagswahlkampf einbringen. *"Eine unabhängige Beschwerdeinstanz könnte nicht nur den Bürgern eine Beschwerde nach Übergriffen von Polizeibeamten erleichtern, sondern auch Polizisten selbst Mut machen für Kritik an innerorganisatorischen Zuständen",* erklärte Hügel dazu. *"Die Notwendigkeit einer derartigen Instanz ist nach einigen bedauerlichen Vorfällen in Frankfurt wohl deutlich geworden."*

In einem parlamentarischen Rechtsstaat müsse sich gerade die Staatsgewalt einer kritischen Kontrolle stellen. Diese Prüfstelle sollte nach Überzeugung der HU aber nicht in den Verdacht parteipolitischer Interessenverquickung geraten. In ihrer Forderung sieht die älteste deutsche Bürgerrechtsorganisation auch keine generelle Kritik an der Polizei, sondern vielmehr eine demokratische Selbstverständlichkeit.

Für Rückfragen: Stefan Hügel: 0151 17274808 / [huegel@humanistische-union.de](mailto:huegel@humanistische-union.de)

[der-humanistischen-union-frankfurt-wird-fortgesetzt/](#)

Abgerufen am: 26.09.2023